

Grünes Licht am Lopper

Statt Blaskapelle: Tansamail



Gut gelaunt grüßt der Baudirektor des Kantons Nidwalden Regierungsrat August Albrecht (rechts) die Gäste zur improvisierten Feier vor dem Eingang zum neuen Straßentunnel am Lopper. Im Hintergrund das von ihm in letzter Minute engagierte Walter-Kocum-Tanzquartett.

Im Rahmen einer fröhlichen, ungezwungenen Feier wurde gestern vormittag die bergseitige Fahrspur der neuen Lopper-Autobahn eröffnet. Der erste Automobilist war ein Viehhändler aus Stans, Baudirektor August Albrecht bewährte sich nicht nur als Nationalstraßenplaner, sondern auch als Improvisationstalent und Unterhaltungskünstler. Punkt elf Uhr vormittag verlor der Lopper seinen jahrzehntelangen schlechten Ruf als heimtückische Verkehrshindernis der Zentral- und Ostschweiz. Mit dem Glockenschlag von der nahen Pfarrkirche Stansstad schickte der Nidwaldner Baudirektor Albrecht den weißen Fiat des Bauleitungschefs der Achereggbrücke und der Lopperautobahn, Ingenieur Hans Diener, mit einem Blumenstrauß an der Windschutzscheibe, auf die erste Fahrt durch den mehr als 700 Meter langen Autobahntunnel Acheregg Süd, welcher als modernster Straßentunnel der Schweiz gilt und nach dem Endausbau des Teilstücks Luzern-Stansstad der Nationalstraße N 2 den bergseitigen Verkehr in Richtung Süden aufnehmen hat. Für die nächsten anderthalb Jahre wird dieser Tunnel freilich dem Verkehr in beiden Richtungen dienen und damit die alte, kurvenreiche Lopperstraße vollständig entlasten. Jetzt können die Bauleute das noch fehlende Teilstück des Lehnendivadts am Vierwaldstättersee bis zum Tunnelleingang Reigolden ungestört fertigstellen.

Ursprünglich war die Uebergabefeier vom Donnerstagvormittag als stiller, unauffälliger Akt geplant, aber als er mit diesem Gedanken gespielt hat, muß der Baudirektor von Nidwalden sowohl sein eigenes Temperament wie auch die Fingigkeit der Presse- und Kameraleute bedenkend unterschätzt haben. Glücklicherweise merkte er dies noch früh genug, nämlich genau dann, als er am Donnerstagvormittag auf der Fahrt zur Uebergabe beim soeben eröffneten neuen Konsumladen von Buchs vorbeikam, wo das aus dem Luzerner Flora-Garten bekannte Walter-Kocum-Quartett den zahlreichen Kunden ein Eröffnungständchen brachte. Kurz entschlossen verpackte Baudirektor Albrecht die vier Musiker in seinen Wagen und ließ sie erst an der Achereggbrücke wieder gehen. Hürstig improvisierte er noch eine witzige und humorvolle Begrüßungsansprache an die zahlreichen Unternehmer und das runde Dutzend Journalisten, bevor

die Kocums sinnigerweise den River-Kwai-Marsch intonierten und der weiße Fiat mit freudigem Hupen im Tunnel verschwand. Das überraschte Gelächter und der Applaus der zahlreichen Gäste war noch nicht verhallt, als aus der Gegenrichtung der erste Automobilist auftauchte, der in Hergiswil völlig ahnungslos und denkbar alltäglich gestimmt den dringenden Winken des großen Nidwaldner Polizeiaufsebers auf die neue Autobahnpur gefolgt war. Otto von Holz, Viehhändler und Landwirt aus Stans, war in Begleitung seines Kollegen Werner Mathys gerade in Hergiswil gewesen, um ein Kalb zu kaufen. Für seinen Opel Rekord-Caravan, der bereits mehr als 82 000 Kilometer auf dem Zähler hat, bedeutete diese erste Jungfernfahrt durch den modernsten Straßentunnel der Schweiz wohl den Höhepunkt im ereignisreichen siebenjährigen Autoleben.

Beim zwanglosen Mittagessen in der Kantine der Autobahnbaustelle in Stansstad wurden ebensowenig wie am Tunnelportal irgendwelche offizielle Reden geschwungen; dafür entpuppte sich Regierungsrat Albrecht als witziger und schlagfertiger Conférencier, der eine an offiziellen Anlässen in der Schweiz bisher unbekannte Gelöstheit zum Grundtenor eines schlichten, fröhlichen Festes proklamierte. Regierungsrat Albrecht umriss nur kurz das Bauprogramm der N 2 auf Nidwaldner Boden, das in spätestens zwei Jahren mit der Einweihung des nächsten Teilstücks Stansstad-Kreuzstraß/Stans einen neuen Höhepunkt erreichen wird. Unter diesen wird an der Detaillierung der beiden folgenden Teilstücke bis zur Urner Grenze im zukünftigen Seelisberger Tunnel weitergearbeitet, so daß die Bautätigkeit für die Nationalstraße auf Nidwaldner Gebiet auch in den nächsten Jahren weiterhin Gesprächsthema Nummer eins des tapferen und zukunftsreichen Halbkantons bilden wird.

Man möchte der neuen Lopper-Autobahn immerhin, daß auf ihr auch der Straßenverkehr immer so flüssig und selbstverständlich abrolle wie die reizend improvisierte Uebergabefeier, und daß die Automobilisten angesichts der fabelhaft großzügigen Kunstbauten an diesem ehemaligen Straßenpflaster par excellence eine ebenso heitere Miene aufsetzen wie die überraschten und erfreuten Eröffnungsgäste.

Glänzende Wahl des neuen Bundespräsidenten

Die Bestellung der Präsidenten für Bundesrat und Bundesgericht

* Bern, 10. Dezember
Die Vereinigte Bundesversammlung eröffnet am Donnerstag ihre Sitzung mit einer einmütigen Verabschiedung für den Bundespräsidenten des Jahres 1965: Bundesrat Dr. Hans Peter Tschudi erhielt folgendes Resultat: ausgeteilte und eingegangene Stimmzettel 219, leer 29, ungültig einer, absolutes Mehr 105, 200 Zettel lauten auf Tschudi. Nationalratspräsident Kurmann wüßte ihm Glück für ein segensreiches Jahr. Als Vizepräsident des Bundesrates erhielt Bundesrat Hans Schaffner folgendes Resultat: ausgeteilte und eingegangene Stimmzettel 224, leer 29, absolutes Mehr 98, Stimmen für Schaffner 190. Auch dieses Ergebnis ist sehr gut.

Anschließend werden Rücktrittsschreiben der Bundesrichter Comment, Albrecht und Schönenberger gelesen und ihre großen Verdienste um die oberste Rechtsprechung des Landes gewürdigt. Die Versammlung schreibt in einem einzigen Wahlgang zur Neuwahl. Es liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor, lautend auf Jean-Pierre Rüdi, von Bolligen, geb. 1916, seit 1954 stellvertretender Generalprokurator des Kantons Bern, seit 1961 Dozent für Strafrecht und Strafrecht, seit 1959 Stadtrat der Sozialdemokratischen Partei, von 1946 bis 1954 Gerichtspräsident in Biel und Obmann der Gewerbebehörde und des Mietamtes der Stadt Biel, auf Paul Reichlin, Staatssekretär von Schwyz, geb. 1902, seit 1955 Ersatzmann des Bundesrichters, Verfasser zahlreicher juristischer Abhandlungen, Konservativ-Christlichsozialer Kandidat, und auf Fürsprecher und Notar Dr. Jean-Pierre Châtelain in Delémont, geb. 1916, von 1950 bis 1961 Freisinniger Großrat, Mitglied führender juristischer Vereinigungen. Alle drei werden ehrenvoll gewählt. Anschließend folgt die Wahl des Präsidenten des Bundesgerichts: ausgeteilte und eingegangene Stimmzettel 205, leer 15, absolutes Mehr 96, gewählt ist Bundesrichter Dr. Fritz Häberlin mit 188 Stimmen. Die letzte Wahl gilt dem Vizepräsidenten des Bundesgerichts, der ebenfalls zwei Jahre amtiert wird. Das Resultat lautet: ausgeteilte und eingegangene Stimmzettel 191, leer 23, ungültig einer, absolutes Mehr 84, gewählt ist mit 167 Stimmen der Liberal-Konservative Bundesrichter Dr. André Panchaud. — Zum Schluß werden die Begrüßungsgesuche über die der Freisinnigen Nationalrat Weber orientiert, im Sinne der einstimmigen Begnadigungs-

kommission behandelt. Nach anderthalb Stunden wird die Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung geschlossen.

Glückwünsche für Bundespräsident Tschudi

ag. Nach der höchst ehrenvollen Wahl zum Bundespräsidenten für 1965 ist Prof. Dr. Hans Peter Tschudi, der den Wahlgang von seinem Büro aus verfolgt hatte, in den Bundesratssalon geleitet worden.

Unter dem Blitzlicht der Fotografen und der Lichtflut der Fernsehcameras eröffnete eine Abordnung der Basler Regierung, begleitet von Baseldischen Trachtentandem, die Gratulationscours. Von einem Weib flankiert entbot Regierungsrat Wullschlegler dem mit seiner Gattin erschienenen Bundespräsidenten herzliche Glückwünsche und überreichte ein erstes farbenprächtiges Blumengebinde. Auch im zweiten Heimatkanton des neuen Bundespräsidenten, dem Glarnerland, war am Donnerstagmorgen eine Regierungsdelegation mit Weib aufgebroschen und gerade rechtzeitig eingetroffen, um den zu höchster Ehre aufgestiegenen Bürger von Schwanden zu beglückwünschen. Landmann Feusi schlossen sich auch der Glarner-Verrein der Bundesräte und Bundesvizekanzler Weber an. Besonders erfreut zeigte sich Bundespräsident Tschudi ob den von einem Knaben und zwei Mädchen in Glarner Tracht in Versform vorgebrachten Glückwünschen.

Nach Bekanntwerden der ehrenvollen Wahl von Prof. H. P. Tschudi zum Bundespräsidenten wies der Präsident des Großen Rates des Kantons Baselstadt, M. Bruckner, in der Donnerstagssitzung des Rates auf die ehemalige Zugehörigkeit des Gewählten zu Regierung und Großrat von Baselstadt hin und wünschte ihm alles Gute in der neuen und verantwortungsvollen Stellung.

Mühsame Beratung der Wohnbauvorlage im Nationalrat

Jährlich mindestens 5000 subventionierte Wohnungen

* Bern, 10. Dezember
Nach der Vereinigten Bundesversammlung sollte der Nationalrat das Bundesgesetz über die Förderung



Die neuen Bundesrichter

An Stelle der auf Jahresende zurücktretenden Bundesrichter Dr. Albert Comment, Theo Albrecht und Dr. Wilhelm Schönenberger hatte die Vereinigte Bundesversammlung am Donnerstagmorgen drei neue Bundesrichter zu wählen. Bei 225 gültigen Stimmzetteln und einem absoluten Mehr von 115 wurden gewählt (v. l. n. r.): mit 196 Stimmen der von der radikal-demokratischen Fraktion vorgeschlagene Fürsprecher und Notar Jean-Pierre Châtelain (Delsberg); mit 197 Stimmen der von der konservativ-christlichsozialen Fraktion vorgeschlagene Schwyzer Staatssekretär Dr. Paul Reichlin; mit 206 Stimmen der von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagene Fürsprecher Jean-Pierre Rüdi, stellvertretender Generalprokurator (Bern). Keystone

zung des Wohnungsbau zu Ende beraten. Ein Antrag der Kommissionsminderheit, die Landerschließungsarbeiten der Gemeinden zu subventionieren, bleibt auch im Rat in Minderheit, da er keine Verwirklichung der hergebrachten Ordnung, Bund, Kantone und Gemeinden herbeiführen will. Der Bundverkehr mit den Kantonen, nicht mit den Gemeinden. Dann folgen sich die Genfer Begehren, statt jährlich 5000 subventionierte Wohnungen zu erstellen, auf 20 000 (Partei der Arbeit) oder 10 000 (Sozialdemokratie) zu gehen. Kurzwey (Freis., Luzern) warnt vor einer Überladung des Karrens, denn die Kantone haben auch ihre Mitverantwortung zu tragen, und außerdem ist auf den Arbeitsmarkt Rücksicht zu nehmen, sonst müssen in den konzentrierten Gebieten die Wohnbaukommission hat diese Fragen sehr genau geprüft. Der Antrag Borel erhält nun auch die Unterstützung von Genfer christlichsozialer Seite. Aber Bundesrat Schaffner kann die beruhigende Zusicherung abgeben, daß 5000 Wohnungen mehr eine Richtlinie sind als eine starre Limite, und wenn über diese Zahl hinausgegangen werden kann, soll es durchaus geschehen. Daraufhin werden beide Erhöhungsanträge mit großem Mehr verworfen. — Die Wohnbauvorlage kann erst in der dritten Sessionswoche abschließend behandelt werden.

Ständerat bereinigt Vorlage über Entwicklungshilfe

(UP) In einer kurzen Sitzung nach der Vereinigten Bundesversammlung erledigte der Ständerat am Donnerstag vier kleine Geschäfte. Im Mittelpunkt stand die Vorlage über die Weiterführung der technischen Hilfe an die Entwicklungsländer. Im Gegensatz zur bundesrätlichen Vorlage und zum Beschluß der Ständeräte hatte der Nationalrat den 90-Millionen-Rahmenkredit bis Mitte 1967 befristet. Auf Antrag seiner Kommission pflichtete der Ständerat mit 20 gegen 9 Stimmen dieser Lösung bei. In der kurzen Debatte hatte Bundesrat Wahlen die Befristung als realistisch bezeichnet. — Zwei Petitionen wurden schließlich an den Bundesrat überwiesen: die Auslandsschweizerkommission der Neuen Helvetischen Ge-

Die konfessionellen Ausnahmestellen

Bundespräsident von Moos vor den Berner Katholiken

ag. In Bern hatten sich am Mittwochabend zum traditionellen Herrenabend der Berner Katholiken auch Bundespräsident Dr. h. c. Ludwig von Moos und Bundesrat Roger Bonvin, Oberstkorpskommandant Eugen Studer und zahlreiche eidgenössische Parlamentarier eingefunden. In seiner Schlußansprache äußerte sich Bundespräsident von Moos zur Verantwortung der Laien in der Kirche und zur Frage der Ausnahmestellen in der Bundesverfassung. Wörtlich erklärte er: «Wir sind realistisch genug einzusehen, daß wir ihre Beseitigung nicht allein und auch nicht einfach mit hochgemutem Angriffslust zu erreichen vermögen. Wir dürfen feststellen, daß Unrecht oder Unverständlichkeit nicht immer in bösem Willen wurzelt, sondern, vorwiegend sogar, auf Mißverständnissen beruht. Solchen zu begegnen, finden wir alle die Gelegenheit. Andererseits dürfen wir auch feststellen, daß viel offenes Verständnis und brüderlicher Wille vorhanden sind. Wir können uns jedoch nicht damit trösten, welchen Beifall wir mit unserem Anliegen in den eigenen Reihen und oft auch weit darüber hinaus ernten. Uns selber wollen wir mit dem Problem bekanntmachen, zur sachlichen Aussprache bereit sein und uns bewußt bleiben, daß wir nicht in Leisetreterei zu machen brauchen, jedoch auch uns Rücksichtnahme, Verständnis, Sachlichkeit und viel Geduld zumuten müssen.»

gesellschaft ersucht um eine bevorzugte Stellung der Auslandsschweizer bei der Revision des Bundesbeschlusses über die Bewilligungspflicht für den Grundstückswert durch Personen im Ausland; eine Berner regte im weiteren «Zollsenkungen zur Bekämpfung der Teuerung an. Beide Petitionen wurden der Landesregierung zur Prüfung überwiesen. Die gleichen Beschlüsse hatte der Nationalrat bereits gefaßt. — Ferner erteilte der Ständerat oppositionslos der revidierten Fassung des Kantons Schaffhausen die Gewährleistung.

SCHWEIZ

Die hohen Preise sind schuld

Stagnation im Sicherheitsgurtenkauf

(up) Beim Kauf von Sicherheitsgurten sei in diesem Jahr eine gewisse Stagnation festzustellen, wor für einer der Hauptgründe die teilweise immer noch recht hohen Gurten- und Einbaupreise seien, erklärt die Beratungsgesellschaft für Unfallverhütung (BFU). Dem Jahresbericht des BFU ist zu entnehmen, daß gegenüber dem Vorjahr der Prozentsatz der mit Sicherheitsgurten ausgerüsteten Fahrzeuge nur noch geringfügig zugenommen und der Ausstattungsgrad sich nur unwesentlich verbessert habe. Noch immer seien es im Ausnahmefall nur knapp die Hälfte aller Insassen von mit Gurten ausgestatteten Fahrzeugen, die angeschnallt wären.

Die Statistik des BFU zeigt, daß im Juli dieses Jahres 34,6 Prozent der für die Berechnung erfaßten Automobile der Wagenkategorie unter 12 000 Franken mit Sicherheitsgurten ausgerüstet waren, bei Wagen der höheren Preiskategorie 46,6 Prozent. Auf der Autobahn sind es wenig mehr als die Hälfte aller Personen in den mit Sicherheitsgurten ausgerüsteten Automobilen, die sich anschnallen.

Reorganisation der Eidgenössischen Preiskontrollstelle

Direktor Campiche tritt zurück

ag. Der Bundesrat hat dem Begehren von F. H. Campiche, als Direktor der Eidgenössischen Preiskontrollstelle zurückzutreten auf den 31. Dezember 1964 entprochen. Direktor Campiche hatte bereits 1963 die Altersgrenze erreicht, stellte sich aber im Hinblick auf die Vorbereitung des neuen Verfassungszusatzes noch für ein weiteres Amtsjahr zur Verfügung.

Gleichzeitig hat der Bundesrat Beschluß gefaßt über die zukünftige Organisation der Eidgenössischen Preiskontrollstelle. Sie wird ab 1965 als Unterabteilung des Generalsekretariats des EVD unterstellt und umfaßt die Sektion Mietpreiskontrolle, die Sektion geschützte Warenpreise und Preisvergleichskasse Eier (Pak Eier) sowie den Dienstzweig Preisvergleichskasse für Milch und Milchprodukte (Pak Milch) in Liquidation. Auf Ende dieses Jahres tritt auch Vizedirektor Reinhold, der bis anhin die Belange der Pak Milch betraute, altershalber in den Ruhestand. Er hat sich aber als Experte für die im kommenden Jahr durchzuführende Liquidation der Pak Milch zur Verfügung gestellt.

Austerität oder höhere Steuern in Genf

Die Rhonestadt vor schweren politischen Kämpfen

(E-Korr.) In der Genfer Bevölkerung hat die Ankündigung des Genfer Finanzdirektors, daß die Durchführung der öffentlichen Bauvorhaben 1965 eine Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuer um durchschnittlich 6,10 bis 7,32 Prozent not-

wendig mache, wie ein Blitz eingeschlagen. Die Genfer Staatsrechnungen haben in den letzten Jahren stets mit wesentlichen Überschüssen abgeschlossen, und ganz besonders die Sozialabzüge und die Heraussetzung des steuerfreien Vermögens zwecks Ermunterung des Spargelbes haben Genf zu einem gewissen Steuerparadies in der Eidgenossenschaft gemacht. Nun steht der Genfer vor der Wahl, diese Steuererhöhung anzunehmen oder dann sich mit einer wesentlich langsameren Durchführung der großen öffentlichen Bauvorhaben innerhalb der nächsten zehn Jahre abzufinden. Ihre Gesamtkosten werden auf rund eine Milliarde Franken geschätzt. Staatsrat Dupont erklärte kategorisch, daß die Staatsschuld nicht unvernünftig anwachsen dürfe und daß übrigens heute Anleihen schwer zu erhalten seien.

Die erste Reaktion des Mannes auf der Straße ist bezeichnenderweise recht einfach. Dann werde man eben mehr Lohn verlangen müssen, um die höheren Steuern zu bezahlen! Die ersten Meinungsäußerungen aus politischen Kreisen lassen erkennen, daß die Parteien sich prinzipiell für die Fortsetzung der großen Bauvorhaben einsetzen wollen. Was nun aber die Erhöhung der Steuern angeht, so dürfte es hier zu harten Kämpfen kommen. Von liberaler Seite wird sofort der Finger auf eine Wunde gelegt, die Genf besonders angeht: nämlich das öffentliche Zehntausende in Genf den größten Nutzen aus der Infrastruktur ziehen, ohne ihrerseits dem Staat eine gerechte Kompensation zu leisten. Die Sozialdemokraten verlangen die Wiederherstellung der alten Vermögenssteuern und schlagen die Anbahnung neuer Steuerquellen vor: Besteuerung auch der internationalen Beamten, eine Quellensteuer für die Gastarbeiter usw. Wenn man bedenkt, daß sich die Parteien bereits auf die großen Wahlkämpfe im nächsten Jahr auf die nächste Zukunft leicht ausdenken.

342 217 Zuckeruntersuchungen

Die Diabetes-Aktion in 512 Apotheken

(up) Die vom 26. Oktober bis zum 14. November 1964 durchgeführten Diabetes-Aktionen hatten einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Das in die Aktion einbezogene Gebiet weist eine Bevölkerung von 3 699 199 Personen auf. 342 217 oder 9,25 Prozent ließen sich untersuchen. Die sorgfältige, nochmalige Nachkontrolle durch die Ärzte wird erst zeigen, wieviele der positiven Resultate sich als Diabetes bestätigen oder auf andere Ursachen zurückzuführen sind. Die Aktion kostete über 630 000 Franken und wurde ausschließlich durch die Apotheker finanziert. Gegenwärtig wird die Frage geprüft, ob eine gleichartige Aktion zu einem späteren Zeitpunkt wieder durchgeführt werden soll. Es geht dabei darum abzuklären, ob die These, die von verschiedenen Diabetes Spezialisten aufgestellt worden ist, daß der Diabetes eine Zivilisations- und Wohlstandserkrankung ist, zutrifft, und in welchem Ausmaß eine allfällige Zunahme der Krankheit festgestellt werden kann.